

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse  
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Postfachstelle  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 176.

Mittwoch, 1. August 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Blatt erscheint wöchentlich drei Mal wöchentlich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der hiesigen Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Aufnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Bangert & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kantonstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

## Gegen Griechenland

tobt in einem Theile der deutschen Presse schon seit einiger Zeit ein Entrüstungssturm, weil die griechische Regierung ihre Zahlungsverpflichtungen an die Gläubiger nicht einhält und nicht einhalten will und die Nat.-Ueb.-Gerr. verstieg sich sogar soweit, ev. das Aufgebot der deutschen Seeresmacht zu verlangen. Die Entrüstung ist ja an und für sich eine durchaus berechtigte. Das deutsche Nationalvermögen ist durch diesen neuesten Schlag wieder auf das empfindlichste geschädigt worden. Die heutigen „schlechten Zeiten“ haben nicht zuletzt ihren Grund in dem Umstande, daß viele Tausende von Rentnern, die auf den Ertrag ihrer Wertpapiere angewiesen sind, um den Genuß der Zinsen von einem Theile ihres Kapitals geprellt, nurmehr sich ganz bedeutend einschränken müssen. Es wäre gewiß lehrreich, schreibt die „Konf. Rorr.“, und würde über die Zustände in unserem Börsen- und Emissionswesen so manchem Zweifler die Augen öffnen, wenn eine Enquete veranstaltet würde, um nachzuforschen, welche Volkskreise es sind, auf die die Verluste bei „Griechen“, „Argentinern“ u. s. w. sich vertheilen. Man wird annehmen dürfen, daß nur oder doch vorzugsweise das Privatpublikum partizipirt. Die Banken und die Börsenmänner haben ohne Zweifel zur rechten Zeit — d. h. sobald als möglich nach der glücklich vollbrachten Emission — sich der früher so viel begehrten Papiere entledigt, indem sie die nicht mehr „lofcheren Werte“ dem vertrauenden Publikum als sicherste Anlagepapiere angepriesen. So wäre es denn — ganz abgesehen davon, daß die gegen Griechenland gerichtete Entrüstung voll- auf berechtigt ist — in der Ordnung, wenn die Entrüstung des deutschen Publikums, das hier wieder einmal geprellt ist, sich in erster Linie gegen die Emissionsbanken und gegen die Börse richtete. Käme bei dieser Entrüstung vielleicht auch nicht viel mehr heraus, als aus der gegen Griechenland kundge- thanen, so würde doch Aussicht vorhanden sein, daß derlei Beutelschneidereien für die Zukunft unmöglich gemacht würden, und daß die Emissionsbanken nicht bei besseren „Konjunkturen“ wieder einmal durch einen guten Wurf exotischer „Werte“ auf den deutschen Markt ihr Schicksal ungefragt scheeren könnten. Am lautesten toben natürlich gegen Griechenland diejenigen Pressorgane, die mit der Börse auf gutem Fuße stehen. „Ganz energisch“ — denn es kostet ja keinen Pfennig — wahren diese Zeitungen jetzt nachdrücklich, wo es zu spät ist, die „Rechte“ der deutschen Privatkapitalisten. Durch diese Taktik ist denn auch der Blick der armen Geprühlten von den Schuldigen, denen sie ihre Verluste verdanken, abgelenkt worden. Ob aber dieses Geschrei irgend einen greifbaren Erfolg haben werde, steht dahin. Wo nichts ist, hat auch heute noch der Kaiser sein Recht verloren. Wir sind nicht der Ansicht, daß man nur auf das Abwarten sich verlassen sollte; wir stimmen vielmehr dem allgemeinen Verlangen nach energischer Geltendmachung der deutschen Forderungen bei der griechischen Regierung durchaus bei. Nothwendig aber ist es, darüber nicht zu vergessen, daß Maßregeln getroffen werden müssen, die eine Wiederkehr derartiger Beutelschneidereien wenn nicht völlig zu verhindern, so doch mög- lichst zu erschweren geeignet wären, Maßregeln, durch die die so dringend gebotene Regelung des Emissionswesens in die Wege geleitet würde. Wer gefälschte Nahrungsmittel ver- kauft, wer durch falsche Vorspiegelungen sich Vermögensvor- theile verschafft, ist strafbar und haftpflichtig. Wer Schmud- sachen aus Gold feilhält, muß sich die Staatskontrolle gefallen lassen; der Milliarden umfessende Emissionsver- kehr ist an solche Schranken nicht gebunden. Unsere „Finanz- aristokratie“ wird — wohl meist mit Recht — als ge- schäftserfahren und weitblickend gerühmt; unsere Börsen vereinigungen angeblich die „feinfühligsten“ Kulturelemente. Gleichwohl werden durch deren Vermittelung und Anpreisung Emissionen von Papier in die Wege geleitet, die nach kurzer Zeit als schlecht sich erweisen und deren Cours, nachdem die Emissionsbanken das „Geschäft“ gemacht haben, sinkt. Soll denn solchen auf Täuschung berechneten Unternehmungen das Publikum noch weiter schutzlos preisgegeben werden? Sind die Emissionshäuser nicht vorsichtig oder nicht gewissenhaft genug, um schlechte Wertpapiere von dem deutschen Markt — auch wenn hoher Gewinn winkt — fernzuhalten, so müssen Maßregeln getroffen werden, das Publikum zu schützen. Jeder Geschäftsmann ist für die vertragsmäßige Qualität — für die Güte — der Waare haftbar, weshalb soll der

mit dem baaren Gelde handel treibende Bankier nicht für die Güte des Wertpapiers, das er anpreist, haftbar gemacht werden? Spräche man die gesetzliche Pfandarmachung bei solchen Geschäften aus, so würden die Emissionsbanken „vorsichtiger“ verfahren und so erhebliche Verluste, wie sie neuerdings an „Argentinern“, „Griechen“ und „Portugiesen“ zu beklagen waren, würden kaum vorkommen können. Die Emissionskonfortien oder die einzelnen Emissionsbanken sollten also durch Unterschrift auf den von ihnen emittirten Papieren — eventuell solidarisch — für Verluste an Kapital und Zinsen regresspflichtig gemacht werden. Sie haben dann un- zweifelhaft das Recht, bei den Anleihen kontrahirenden Staa- ten oder Banken Rückdeckung zu suchen, so daß sie auf jeden Fall gesichert wären. Das würde unseres Erachtens zum Schutze des Privatkapitals gegen börsenmäßige Ausbeutung genügen. Möglich, daß solche Maßregeln das „Geschäft“ er- schwären würden; allein das wäre nicht vom Uebel. Gewiß würde heute mancher Inhaber von „Griechen“ erfreut sein, wenn das „Geschäft“ mit dem halbbanterotten Staate damals überhaupt nicht zustande gekommen wäre.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** In Schaumburg-Lippe, wo soeben an der Hand der mit preussischen Enteignungsverfahren ge- machten Erfahrungen ein Enteignungsgesetz erlassen ist, hat man das leblich auf die Wahrung der Privatinteressen beschränkte Planfeststellungsverfahren mit dem Enteignungsverfahren verbunden und Beides in die Hand eines Schiedsgerichts gelegt.

Eingaben, die, wie die „Rhein.-Westf. Bzg.“ mittheilt, aus Handelskreisen an den Reichskanzler gelangen, weisen auf den im mittleren und kleineren Verkehr empfindlich hervor- tretenden Mangel an Zehnmarkstücken hin, welches Geldstück namentlich bei den wöchentlichen Lohnauszahlungen an die Arbeiter schwer zu entbehren sei. Der Reichskanzler wird um eine möglichst baldige Beseitigung dieses Uebelstandes er- sucht. Ähnliche Gesuche sind früher bereits an den preuß. Finanzminister gerichtet worden, hatten aber keinen Erfolg.

Aus Elsas-Vorbringen wird der „Rhein. Bzg.“ geschrieben: Von den im Herbst zur Entlassung kommenden Reservisten geht alljährlich eine nicht geringe Zahl nach Frankreich, falls sie hier im Lande keine Beschäftigung finden. Ein großer Theil der Fortgezogenen kommt nicht wieder, sondern entzieht sich der weiteren militärischen Verpflichtungen durch bleibenden Aufenthalt in Frankreich. Es ist dies besonders auch deshalb bedauerlich, weil die nach mehrjährigem Aufenthalt in alt- deutschen Garnisonen in die Heimath zurückkehrenden Reser- visten nicht wenig dazu beitragen, bei der Bevölkerung die Vorurtheile gegen das Deutschtum zu beseitigen. Der Stras- burger Kriegerverein hat nun beschlossen, den heimkehrenden Reservisten die Rückkehr in die bürgerlichen Verhältnisse durch Vermittelung von Stellen zu erleichtern und sie so von der Auswanderung abzuhalten. Es wäre zu wünschen, daß die übrigen reichsländischen Kriegervereine, deren es zur Zeit bereits 154 mit über 16000 Mitgliedern giebt, diesem Bei- spiele folgten.

Herr Eugen Wolf schreibt über Deutsch-Ostafrika aus Sansibar: „Jetzt ist in der That Alles ruhig in Deutsch- Ostafrika. Herr v. Schele läßt nicht mit sich spaßen. Er weiß ganz genau, was er will, und nach Allem, was ich von den verschiedenen Herren, die ich jetzt wieder gesprochen, ge- hört habe, beharre ich weiter dabei, unserer Kolonie „Deutsch- Ostafrika“ das allergünstigste wirtschaftliche Prognosebild zu stellen. Ich hoffe, daß Herr Eugen Richter und Ludwig Bamberg-ber noch zehn Jahre leben, dann werden sie mir endlich, wenn auch contre coeur, recht geben.“ — Aus Südwestafrika liegen augenblicklich so widersprechende und unzuverlässige Nachrichten vor, daß wir Bedenken tragen müssen, sie wiederzugeben. Nur kurz bemerkt sei, daß nach einer Nachricht General Witbooi nun so ziemlich am Ende seines Widerstandes angelangt ist, während nach anderen Meldungen Major Keunig mit ihm in Unterhandlungen getreten ist und einen zweimonatigen Waffenstillstand abge- schlossen hat. Gleichzeitig wird aber auch von einem neuen erfolgreichen Raubzuge Witboois berichtet. Es bleibt also das Eintreffen sicherer Nachrichten abzuwarten.

In England wird man immer unfreundlicher, mitunter geradezu feindselig gegen die deutsche Industrie, die nicht nur

den englischen Weltmarkt bedroht, sondern auch in England selbst ganz bedenkliche Fortschritte macht. Die sein ausge- sonnene Bestimmung, wonach alle in Deutschland hergestellten Waaren nur mit der ausdrücklichen Bezeichnung „Made in Germany“ in England und dessen Kolonien verkauft werden dürfen, hat sich als eine gar zweischneidige Waffe entpuppt, die, anstatt die englische Alleinherrschaft wenigstens im eigenen Lande zu schützen, nur deren Hinsüßigkeit vor aller Welt deutlich enthüllt hat. Seitdem versuchen es die Engländer mit allerhand kleinlichen Mitteln, den deutschen Wettbewerb niederzuhalten oder womöglich zu beseitigen. Viel helfen werden sie ihnen kaum, nachdem die deutsche Industrie die englische allmählich selbst auf dem Gebiete geschlagen hat, das auch außerhalb Großbritanniens lange Zeit als ein uner- schütterliches englisches Monopol gegolten hat: in der Her- stellung von Waffen. Kein geringerer als Maxim, der Er- finder der nach ihm benannten Geschütze, hat soeben die deutsche Ueberlegenheit auch in dieser Hinsicht unumwunden einge- standen. Einem Berichterstatter der „Birminghamer Post“ erklärte er, früher seien die fremden Mächte, die nicht eigene Waffen, namentlich Gewehre, herstellten, nach England ge- kommen, heute gingen sie nach Deutschland. Die Vereinigten Staaten hätten zuerst England geschlagen und jetzt schlage Deutschland Beide. Deutschland habe sich die besten Werk- zeuge aus den Vereinigten Staaten geholt und überflügele nun auch diese in der Herstellung billiger Gewehre. Gewerkschaften und Ausländer thäten das ihrige, um dem englischen und amerikanischen Gewehrhandel den Garaus zu machen. Die englischen Gewehrarbeiter seien überaus konservativ und altmüthig und könnten deshalb mit ihren Mitbewerbern nicht gleichen Schritt halten. Die Deutschen fänden ferner eine starke Stütze in ihren diplomatischen Vertretern. Vom Bot- schafter bis zum letzten Konsul halte es Niemand im deut- schen auswärtigen Dienste für zu gering, das Wenstmögliche zu thun, um den deutschen Handel zu fördern. So Mr. Maxim, dessen Zeugniß um so werthvoller ist, als ihm ein hervorragendes Sachverständniß gerade in der fraglichen An- gelegenheit nicht abzusprechen ist.

**Frankreich.** Unser Präsident Casimir Perier wird jetzt, nachdem sein Vorgänger ermordet, in der ausgiebigsten Weise bewacht und beschützt, da die Sicherheit in der „schönen freien“ Republik sehr in Miskredit gerathen ist. Das Elisee hat eine Compagnie Fußvolk als Schloß- wache, dazu Abtheilungen Schutzleute und Gendarmen, außer den Schildwachen, zur Ueberwachung der Eingänge und Um- gebung. Die Abtheilung Geheimpolizisten, welche die persön- liche Leibwache des Präsidenten bildet, hat verstärkt werden müssen, da Casimir Perier oft ausfährt und zu Fuß nach dem Bois de Boulogne (drei Kilometer) oder sonsthin zu gehen pflegt. Sobald er ausfährt, ist ein Wagen mit Poli- zisten hinter dem seinigen, bei Ausgängen umgeben ihn diese, jedoch unauffällig. Außerdem aber wird die Polizeipräfektur durch Sprachleitung von jedem Ausgang, jeder Ausfahrt des Präsidenten sofort genau unterrichtet. Sie benachrichtigt in derselben Weise die Polizeiamter der betreffenden Viertel, die sofort ihre Leute beauftragen, die Straßen zu bewachen, durch die der Präsident kommt. Nöthigenfalls wird Ver- stärkung von der Polizeipräfektur geschickt, wo regelmäßig einige Abtheilungen zu außerordentlichen Zwecken bereit stehen. Wenn die Zeit zu kurz ist, fahren diese Verstärkungen in Droschken zur Stelle. Auch die Familie des Präsidenten wird in der ähnlichen Weise beschützt. Casimir Perier wird ebenso mit Drohbrieffen überschüttet, wie sein unglücklicher Vorgänger. Sie scheinen meist von Gebildeten her zu kommen, und werden der Polizei zur Erforschung ihrer Urheber über- geben, was bisher noch in keinem Falle gelungen ist. Offen- bar sind viele Briefe auch das Werk schlechter Spagobögel, die ihre Sendungen öfters wiederholen. Manche Briefe ent- halten nur Schmähungen, wandern daher ohne Weiteres in den Papierkorb zu den vielen Briefen unbedenklicher Rathgeber. Eine weitere Gattung sind die vielen Sendungen Derjenigen, die den neuen Präsidenten vor dem Schicksal seiner Vor- gänger zu bewahren helfen wollen. Es sind meist fromme alte Damen, die versichern, daß sie täglich den Schutz Gottes über ihn und seine Familie herabflehen. Sie schicken ge- weihte Denkmägen, oft mit Ketten oder Schnüren, um sie um den Hals zu hängen, oder geweihte Bilder, durch die der Inhaber sich dem besonderen Schutze der Gottesmutter oder eines Heiligen empfiehlt. Die Denkmägen sollen schon so